Abstimmungskolumne Munz-Müller, Klettgauer Bote

Zum eidgenössischen Referendum Frontex-Gesetz vom 15.5.2022

4.5.2022; Martina Munz, Nationalrätin

Mehr Schutz für Menschen auf der Flucht

Zurzeit werden viele Menschen durch den Angriffskrieg von Putin aus ihrer ukrainischen Heimat vertrieben. Weltweit teilen über 84 Millionen Menschen das gleiche Schicksal. Sie alle sind auf der Flucht vor Gewalt oder Krieg und sind auf Sicherheit und Schutz angewiesen. Während für ukrainische Flüchtlinge die Einreise in die Schweiz ohne Visum und ohne bürokratische Hürden abläuft, werden Flüchtlinge aus anderen Ländern oft kriminalisiert. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex trägt massgeblich dazu bei. Ihr Chef musste deswegen sogar zurücktreten. Frontex hätte eigentlich die Aufgabe, sichere Fluchtrouten für Vertriebene zu garantieren. Das Gegenteil ist aber leider an der Tagesordnung: Menschenrechtsverletzungen, Korruption und illegale «Push-backs» sind an der EU-Aussengrenze keine Seltenheit. Flüchtende werden aufs offene Meer hinausgedrängt, wo sie kaum Überlebenschancen haben. Frontex kooperiert zudem auch mit der libyschen Küstenwache, die Boote abfängt und Flüchtende gewaltsam in den Folterstaat Libyen zurückschafft. Dort sind sie Gewalt schutzlos ausgesetzt. Das Recht in einem Schengen-Staat Asyl zu beantragen, wird den Flüchtenden verweigert.

Die Schweiz ist an der Finanzierung von Frontex beteiligt. Das Frontex-Budget ist in den letzten Jahren explodiert. Der Schweizer Beitrag wird von 14 Millionen Franken auf 61 Millionen mehr als vervierfacht. Dank dem Referendum können wir nun darüber bestimmen, ob die Schweiz diese Praxis weiterhin mittragen soll oder ob unser Land dank einem Nein, Druck aufsetzen kann, um diese unwürdige und grausame Politik zu ändern. Die Vertriebenen aus der Ukraine zeigen uns, wie verletzlich Menschen auf der Flucht sind. Und dass auch Menschen aus Afghanistan, Syrien oder anderen Ländern sollen – auch wenn sie in Europa kein Asyl erhalten – nicht durch Push-backs zusätzlicher Gefahren und Gewalt ausgesetzt werden dürfen. Auch sie haben Anrecht auf Sicherheit und faire Verfahren. Als Schengen-Mitglied sind wir zwar zur Beitragszahlung an Frontex verpflichtet. Ein Austritt aus dem Schengen-Raum ist aber nicht das Ziel des Referendums. Bei einem Nein würde die Schweiz nicht automatisch ausgeschlossen. Mit einer neuen Vorlage könnten wir unseren Verpflichtungen ohne menschrechtsverletzende Praktiken nachgekommen und vermehrt auch den Korridor für Resettlementsflüchtlinge öffnen, das sind besonders gefährdete Personen. In der Frühlingssession wurde deshalb bereits ein entsprechender Vorstoss eingereicht, der eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik ermöglicht. Mit einem Nein zur Frontex-Vorlage kann das Parlament nochmals über die Bücher und eine humanere Schweizer Flüchtlingspolitik im Gesetz verankern.